

Stadtrat Chris Scheunchen

**Redebeitrag zur Resolution zu Enercon in der Stadtratsberatung vom
14.11.2019**

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren von der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

Wenn Subventionspolitik ihr Ziel kräftig verfehlt, dann wird dies recht schnell sichtbar. So auch nun im Falle Enercon. Als eines der größten Unternehmen im Bereich der Windenergie griff Enercon in hohem Maße Subventionen ab. Es drängt sich angesichts der aktuellen Geschehnisse der Verdacht auf, die Betriebsphilosophie baue lediglich darauf, wo und wann gerade die meisten Subventionen zu erhalten sind. So mag der Schritt, den das Unternehmen gehen möchte, ausweglos sein. Stellenabbau vor Ort, nachdem der Fluss der Subventionsmittel versiegt, Verlagerung an günstigere Standorte in Länder, die noch genügend Subventionen für den Bereich der Windenergie bereitstellen. Das mag für die Unternehmer ein praktikables und vor allem ertragreiches Geschäftsmodell sein. Umso kritikwürdiger ist jedoch die Schattenseite jenes Modells, die sich nun, schneller als wir ahnen konnten, drastisch aufzeigt. Windenergie ist nachhaltige Energie, die Produktionsbedingungen sind allerdings alles andere als nachhaltig. Das Feld, in diesem Fall die Subventionen, ist abgeerntet, die Produktionsmittel stehen still, zurück bleiben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die abseits jeglicher sozialer Verantwortung, vor der persönlichen Krise des Arbeitsplatzverlustes stehen. Gerade im industriellen Bereich wurden in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr viele Stellen abgebaut. Für Industriearbeiter*innen gestaltet sich die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz auch dadurch zunehmend schwieriger. Wie wichtig dem Unternehmen die Belange der Belegschaft, die Arbeits- und Lohnbedingungen sind, zeigt die Gesprächsbereitschaft mit Gewerkschaften seitens des Unternehmens deutlich auf. Diese war nicht vorhanden, ja man stand der Organisation der Belegschaft in Gewerkschaften letztlich sogar kritisch gegenüber. Armutsrisiko und Zukunftsrisiko der betroffenen Kolleg*innen und ihrer Familien? Offenbar nur interessant, wenn man selbst Teil der Chefetage ist. Enercon scheint zu glauben, dass es diese Risiken für die Arbeitenden in der Produktion nicht geben würde. Anders lässt sich solch unverantwortliches, unsoziales Verhalten nicht erklären.

Aber solche Bedingungen können nur bestehen, wenn ihnen der entsprechende Raum gegeben wird. Jahrelang und auch weiterhin verfehlt die Bundespolitik die Ziele nachhaltiger Energiepolitik, ein langfristiges, tragfähiges Konzept fehlt seit jeher gänzlich. Das Land fügt sich in diese illustre Reihe nahtlos ein. Seitens des Landes

wurde Enercon ebenfalls kräftig subventioniert, ohne entsprechende Auflagen, ohne die Forderung nach guten Arbeitsbedingungen und ohne betriebliche Mitbestimmung einzufordern. Nachhaltige Energie, als Zukunftstechnologie auserkoren, als Stiefkind behandelt. Bedingungen für einen vernünftigen, grundhaften Ausbau des Windenergiesektors? Nicht vorgegeben. So sieht klassisches Scheitern aus.

Eine politische Wende muss her. Dazu müssen einerseits Bund und Land ihre Hausaufgaben erledigen, jedoch muss auch kurzfristig eine Lösung für den Standort Magdeburg geschaffen werden. Die Ebenen Bund, Land, Kommune, aber auch die Arbeitsagentur und letztlich Enercon selbst müssen an einen Tisch, um eine gemeinsame, zukunftsfähige Konzeption zu erarbeiten, die für den Erhalt des Standortes Magdeburg sorgt und den massiven Arbeitsplatzverlust zu verhindern weiß. Vermutlich ist diese Lösung nur zu finden, wenn weiterhin Subventionen erfolgen. Dieses Mal dann aber nur unter bestimmten Bedingungen: Eine Neuausrichtung des Unternehmens kann nur unter Einbeziehung der Arbeitnehmenden geschehen. Umwelt- und Naturschutzverbände müssen einbezogen werden, ebenso die Gewerkschaften. Ein Sozialplan muss her!

Wir fordern Enercon auf, sich seiner unternehmerischen Verantwortung zu stellen. Sollten sie ihrer Verweigerungshaltung gegenüber Arbeitnehmer*innenrechten treu bleiben, so muss dennoch an einer Lösung für die Betroffenen gearbeitet werden. Wir alle sind hierbei in der Pflicht. Unsere Forderungen sollten dabei klar sein: Keine Entlassungen, stattdessen Investitionen aus dem Unternehmensvermögen. In Artikel 14 des Grundgesetzes heißt es: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." Und wer dem Wohle der Allgemeinheit nicht dienen will, ja dem muss man dann anderweitig beikommen. Sollte Enercon zu keiner Lösung am Standort bereit sein, gilt es seitens des Bundes und des Landes die bereits erfolgten Subventionen zurückzufordern! Auch drastischere Mittel, wie beispielsweise die Enteignung des Unternehmens, lässt unser Grundgesetz zu.

Allerdings hoffen wir vor solch drastischen Maßnahmen auf den bestmöglichen Verlauf der Verhandlungen. Bis dahin stehen wir solidarisch an der Seite der Kolleginnen und Kollegen bei Enercon, den Enercon-Tochterunternehmen und den beteiligten Gewerkschaften!

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit

Chris Scheunchen
Stadtrat“

- Es gilt das gesprochene Wort -